

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

8. Dezember 2014

Irak

Sicherheitslage

Im November 2014 wurden nach der Zählung von Iraq Body Count (IBC) 1.468 Zivilpersonen getötet.

Nach Angaben der UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) wurden im selben Zeitraum 936 Zivilpersonen getötet und 1.826 verletzt. Weitere 296 Angehörige der Sicherheitskräfte wurden getötet und 608 verletzt. Am stärksten betroffen war Bagdad mit 1.253 zivilen Opfern (332 Tote, 921 Verletzte), gefolgt von Salahaddin (74 Tote, 114 Verletzte) und Diyala (37 Tote, 71 Verletzte). Diese Angaben enthalten nicht die Opferzahlen in der Provinz Anbar.

Nach den Informationen, die UNAMI vom „Health Directorate“ in Anbar erhalten hat, gab es in der Provinz 1.026 zivile Opfer (402 Tote, 624 Verletzte), davon 71 Tote und 437 Verletzte in Ramadi und 331 Tote und 187 Verletzte in Fallujah.

Insgesamt wurden seit Anfang 2014 nahezu 12.000 Menschen getötet und etwa 22.000 verletzt. UNAMI weist darauf hin, dass es sich hierbei um Mindestangaben bzgl. der Opferzahlen handelt, da in Konfliktgebieten die Opferzahlen nicht verifiziert werden können.

Am 04.12.14 wurden bei mehreren Bombenanschlägen in Bagdad und Kirkuk mindestens 30 Menschen getötet. Am 07.12.14 kamen bei einem Selbstmordanschlag vor einer Polizeikaserne nahe Bagdad sieben Polizisten ums Leben, weitere 26 Menschen wurden verletzt.

Neuer Ölvertrag

Zwischen der kurdischen Regionalregierung und der irakischen Zentralregierung kam es lt. dpa-Meldung vom 02.12.2014 zu einer Einigung im Streit um Ölförderungen. Der Einigung zufolge würde die kurdische Regionalregierung die irakische Ölproduktion mit 550 000 Barrel (Fass je 159 Liter) täglich unterstützen. Dafür werde die irakische Zentralregierung in Bagdad der Autonomieregion monatlich rund eine Milliarde US-Dollar zahlen.

Türkei

Korruption

Nach dem aktuellen Korruptions-Index von Transparency International (TI) ist die Türkei im Transparency-Ranking am deutlichsten abgerutscht. Das Land liegt nur noch auf Platz 64, nach Platz 53 im Vorjahr. Transparency begründet das mit der politischen Lage in der Türkei. So habe es nach den regierungskritischen Protesten im vergangenen Jahr eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gegeben, dabei seien Journalisten verfolgt und festgenommen worden.

Iran

Iranische Luftwaffe bombardiert IS-Stellungen

Nach US-Angaben hat die iranische Luftwaffe in den vergangenen Tagen Stellungen der IS-Terrormiliz im Irak angegriffen. Das teilte Pentagon-Sprecher John Kirby in Washington dem Sender CNN mit. Die Einsät-

ze hätten iranische F-4-Phantom-Kampffjets durchgeführt. Es war das erste Mal, dass die USA bestätigten, dass Iran Luftangriffe im Irak fliegt. Der Pentagon-Sprecher Kirby betonte, der Einsatz der Iraner sei nicht mit der internationalen Anti-IS-Koalition abgestimmt gewesen, sondern nur zwischen Bagdad und Teheran. Bisher stützte sich Irans Strategie auf die militärische Beratung der irakischen Streitkräfte durch al-Quds-Angehörige unter deren Kommandeur Qassem Suleimani, jedoch nicht auf direkte Einsätze. Am 09. und 10.12.14 möchte das iranische Außenministerium eine internationale Tagung gegen den IS durchführen. An der Konferenz „Gemeinsam gegen Gewalt und Extremismus“ nahmen Vertreter aus über 80 Ländern teil, so Außenamtssprecherin Marsieh Afcham.

Syrien

Angriff auf Luftwaffenstützpunkt

Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) begann in der Nacht zum 04.12.14, die letzte Bastion der syrischen Armee in der Provinz Dair-as Saur anzugreifen, der noch unter Kontrolle der syrischen Regierung stand. Bei den Gefechten soll sich am 06.12.14 ein Selbstmordattentäter am Eingang des Flughafens in die Luft gesprengt haben. Danach waren zunächst große Teile des Flughafens unter Kontrolle des IS. In der Zwischenzeit gelang es der Armee mit massiven Luftangriffen, bei denen möglicherweise auch Chlorgas eingesetzt wurde, die Extremisten zurückzudrängen. Bei den Kämpfen in den letzten drei Tagen sollen insgesamt 120 Menschen ums Leben gekommen sein.

Syrien meldet Angriffe israelischer Kampffjets

Nach Angaben der syrischen staatlichen Nachrichtenagentur SANA vom 07.12.14 sollen israelische Kampfflugzeuge am Nachmittag des 07.12. mehrere Ziele im Umland der Hauptstadt Damaskus angegriffen haben. Es handelt sich dabei um Anlagen unter Kontrolle der Regierung nahe Damaskus und Dimas, u.a. auch ein Gelände nahe dem internationalen Flughafen. Ziel der Angriffe könnte ein Lager mit Raketenabwehrsystemen gewesen sein, um eine mögliche Lieferung der Waffen an die Hizbollah-Miliz im Libanon zu verhindern.

Opferzahlen

Nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 02.12.14 sind in dem seit März 2011 andauernden syrischen Bürgerkrieg inzwischen über 200.000 Menschen ums Leben gekommen, davon mehr als 136.000 Kämpfer beider Seiten. Etwa ein Drittel der Opfer waren Zivilisten. Der Chef der Beobachtungsstelle, Rami Abdel Rahman, erklärte, es handle sich nur um bestätigte Opfer, die tatsächliche Zahl könne höher liegen. Die Beobachtungsstelle beruft sich auf ein Netzwerk lokaler Informanten. Andere Organisationen sowie die Vereinten Nationen nehmen aufgrund der schwierigen Informationslage in Syrien keine Zählungen mehr vor. Im Einzelnen verteilen sich die Opfer wie folgt: 63.000 Zivilisten, 76.000 Kämpfer für das syrische Regime, darunter auch schiitische Milizionäre aus dem Ausland, 37.000 Rebellen und 23.000 islamistische Kämpfer aus dem Ausland. Rund 3.000 Tote konnten nicht zugeordnet werden.

Syrien/Iran

Iran plant internationale Konferenz im Kampf gegen das „Kalifat“ des IS

Iran will am 09. und 10.12.14 in Teheran eine internationale Konferenz gegen das Kalifat des IS veranstalten, an der auch die Außenminister Syriens und Iraks teilnehmen wollen. Insgesamt werden Vertreter aus über 40 Ländern erwartet, darunter auch ehemalige Ministerpräsidenten und Außenminister aus Europa und dem arabischen Raum.

Libanon

Kämpfe zwischen Armee und islamistischen Gruppierungen

Nachdem ein entführter libanesischer Soldat von der al-Nusra-Front getötet worden war, brachen am Wochenende im Nordosten Libanons, in Aarsal, in der Nähe der syrischen Grenze, Kämpfe zwischen der al-

Nusra-Front und der Terrormiliz Islamischer Staat auf der einen und den libanesischen Truppen auf der anderen Seite aus.

Jemen

US-Reporter und südafrikanischer Lehrer bei Befreiungsversuch getötet

Bei einem Befreiungsversuch der US-Army sind der entführte US-Journalist Luke Somers und der südafrikanische Lehrer Pierre Korkie ums Leben gekommen. US-Verteidigungsminister Chuck Hagel bestätigte am 06.12.14, Kämpfer des Terrornetzwerks „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAP) hätten bei der Aktion am 05.12.14 den Reporter und den Lehrer umgebracht. US-Präsident Barack Obama erklärte in einer Mitteilung, er habe die Befreiungsaktion am 05.12.14 angeordnet, weil das Leben der US-Geisel in akuter Gefahr gewesen sei. Zugleich verurteilte er den „barbarischen Mord“ an Luke Somers scharf. Pierre Korkie war nach Medienberichten im Mai 2013 zusammen mit seiner Frau entführt worden. Für die Freilassung forderte AQAP drei Millionen Dollar (2,43 Millionen Euro). Die Extremisten setzten die Frau Anfang dieses Jahres nach Verhandlungen auf freien Fuß. Die Hilfsorganisation „Gift of the Givers“ war an den Verhandlungen mit dem Terrornetzwerk beteiligt. AQAP hat im Süden Jemens seine Hochburgen. Sicherheitskräfte des Landes und der US-Army gehen dort immer wieder gegen die Jihadisten vor. Die USA setzen regelmäßig Drohnen gegen die Terroristen ein.

Ägypten

Todesurteile gegen Muslimbrüder

Am 02.12.14 verurteilte ein Gericht 185 Angehörige der Muslimbruderschaft wegen eines Angriffs auf eine Polizeiwache im Juni 2013 zum Tod. Vier hochrangige Mitglieder der Muslimbruderschaft wurden am 07.12.14 zum Tode verurteilt. Sie sollen im Juni 2013 an der Tötung von Demonstranten beteiligt gewesen sein, als vor dem Hauptquartier der Bewegung auf Protestierende geschossen wurde. Ägyptens Großmufti als höchste religiöse Autorität wird nun die Urteile prüfen. Am 28.12.14 soll abschließend entschieden werden.

Libyen

IS Ausbildungslager in Libyen

Angaben Generals David Rodriguez (Leiters des Afrika-Kommandos der USA) vom 03.12.14 zufolge seien in Ostlibyen Trainingscamps des IS „im Entstehen“. Es hielten sich dort ein paar Hundert Dschihadisten auf, bei denen es sich um Mitglieder örtlicher Milizen handele. Derzeit seien Ausmaß und Hintergründe der Aktivitäten noch ungeklärt, aber das amerikanische Militär beobachte die Entwicklung in diesen Ausbildungslagern sehr genau.

Nigeria

Über 150 Tote bei Boko-Haram-Angriff auf Damaturu

Am 01.12.14 gegen 4:45 Uhr attackierten Kämpfer der Boko Haram die Stadt Damaturu, Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Yobe. Hierbei brannten sie das „Police Area Command Office“ sowie einen Stützpunkt der „Mobilen Polizei“ nieder. Bei dem Angriff wurden über 150 Personen getötet, darunter 38 Polizisten und sechs Soldaten.

Über 20 Mädchen in Lassa entführt

Am 03.12.14 eroberten Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram im Bundesstaat Borno nach mehrtägigen Kämpfen mit der örtlichen Bürgerwehr die Stadt Lassa, Askira/Uba Local Government Area. Die Angreifer töteten mehrere Zivilisten und entführten bei ihrem Abzug aus der Stadt über 20 Mädchen.

Angriffe der Boko Haram im Bundesstaat Gombe

Am 04.12.14 gegen 8 Uhr griffen Kämpfer der Boko Haram die im nordöstlichen Bundesstaat Gombe gelegene Stadt Bajoga, Verwaltungssitz der Funakaye Local Government Area, mit einem Konvoi von etwa 20 Fahrzeugen an. Sie plünderten zwei Banken und setzten Verwaltungsgebäude, eine Polizeistation sowie ein Parteibüro in Brand. Mehrere Zivilisten wurden getötet. Mit dem Militär fuhren die Angreifer zur nahe gelegenen Stadt Ashaka, wo sie sich Zugang zu der dort befindlichen Zementfabrik der französischen Lafarge-Gruppe verschafften. Unter Berufung auf einen Firmenmitarbeiter meldete die Nachrichtenagentur AFP, dass die Angreifer vom Firmengelände mehrere Geländewagen sowie einen Krankenwagen und Arzneimittel mitgenommen haben. Die Armee vermeldet dagegen, dass die Angreifer nach heftigen Gefechten mit den Soldaten von der geplanten Eroberung Ashakas ablassen mussten. Hierbei seien über 70 Kämpfer der Boko Haram sowie zehn Soldaten getötet worden. Bereits am 04.11.14 war die Fabrik von Boko Haram überfallen worden, wobei die Militanten mehrere Wagenladungen von Industriesprengstoff erbeuteten.

DR Kongo

Erneut Zivilisten im Großraum Beni massakriert

In der Nacht zum 08.12.14 wurden in der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu in der Umgebung der Distrikthauptstadt Beni in drei Dörfern (darunter das etwa 10 km von der Stadt Oicha entfernte Dorf Ahili) 36 Menschen von Bewaffneten mit Äxten und Macheten massakriert. Die Tat wird Angehörigen der ursprünglich in Uganda aktiven islamistischen Rebellengruppe ADF („Allied Democratic Forces“) zugeschrieben, die seit Anfang Oktober 2014 in der Umgebung von Beni über 250 Dorfbewohner umgebracht haben sollen.

Somalia

Anschläge

Am 03.12.14 starben bei einem Selbstmordanschlag auf einen Konvoi der Vereinten Nationen in der Nähe des Flughafens von Mogadischu mindestens vier Menschen. Bei den Toten handelte es sich um zwei Sicherheitskräfte und zwei Zivilisten. Zu der Tat bekannte sich die al-Shabaab.

Am 04.12.14 sollen vermutlich al-Shabaab-Angehörige in Mogadischu ein früheres Parlamentsmitglied erschossen haben. Zudem soll ein Mitglied des Parlaments verletzt worden sein.

Am 05.12.14 kamen bei Anschlägen in Baidoa mindestens zehn Menschen ums Leben. Ein Attentäter sprengte sich in einem Café in die Luft. Zu Hilfe eilende Passanten starben, als kurz danach ein Fahrzeug vor dem Café explodierte. Zu den Anschlägen bekannte sich die al-Shabaab.

Misstrauensvotum

Das somalische Parlament sprach am 06.12.14 mit 153 gegen 80 Stimmen bei zwei Enthaltungen dem Ministerpräsidenten, Abdiweli Sheikh Ahmed, das Misstrauen aus. Staatspräsident Hassan Sheikh Mohamud hat 30 Tage Zeit, um einen Nachfolger zu benennen. In dieser Zeit wird Abdiweli Sheikh Amed das Amt weiterführen.

Sudan

Oppositionspolitiker verhaftet

Nach Presseberichten verhaftete der Geheimdienst NISS (National Intelligence and Security Service) mehrere Mitunterzeichner eines am 03.12.14 in Addis Abeba beschlossenen politischen Kommuniqué. Es soll sich um den Führer der NCF (National Consensus Forces, ein Zusammenschluss von Oppositionsparteien), den Vorsitzenden der Sudanese Civil Society Initiative sowie einen hochrangigen Angehörigen der SPLM-N (Sudan People's Liberation Movement-North, der in Sudan aktive Ableger der südsudanesischen SPLM) handeln. Der Präsident der Menschenrechtsorganisation SHRM (Sudan Human Rights Monitor) soll ebenfalls verhaftet worden sein.

Zu den Unterzeichnern des Kommuniqué gehören auch Minni Minawi, Vizepräsident der SRF (Sudan Revolutionary Front, Zusammenschluss der drei Rebellengruppen aus dem Darfur JEM, SLA/MM, SLA/AW mit der in den Grenzgebieten zum Südsudan kämpfenden SPLA/N) und Sadiq el-Mahdi, der Führer der NUP

(National Umma Party). Das Papier ist die Fortschreibung der sog. Pariser Erklärung vom August 2014. Die Opposition fordert u.a. ein Ende der inneren Auseinandersetzungen, eine demokratische Transformation des derzeitigen Einparteiensystems und eine Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten.

Nach der Unterzeichnung der Pariser Erklärung hatten die Behörden Maryam el-Mahdi, Tochter von Sadiq el-Mahdi und stellvertretende Vorsitzende der NUP, bei ihrer Rückkehr verhaftet. Sie kam nach ca. einem Monat frei; Anklage gegen sie wurde nicht erhoben. Ihr Vater kehrte nicht nach Sudan zurück.

Kenia

Verfahren gegen Präsident Kenyatta vor dem IStGH eingestellt

Wie die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, Fatou Bensouda, am 05.12.14 erklärte, zog die Anklage die Vorwürfe gegen Kenias amtierenden Präsidenten Uhuru Kenyatta mangels stichhaltiger Beweise zurück. Das Verfahren wurde eingestellt. Zeugen der Anklage hatten ihre ursprünglichen Aussagen zurückgezogen oder waren nicht mehr zu einer Aussage bereit. Bensouda warf Kenias Regierung vor, das Verfahren behindert und Zeugen eingeschüchert zu haben. Kenyatta waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit den Wahlen von 2007 vorgeworfen worden. Damals waren mehr als 1.000 Menschen getötet und 600.000 vertrieben worden. Kenyatta war der erste vor dem IStGH angeklagte amtierende Staatschef.

Massaker in Mandera

Kämpfer der al-Shabaab überfielen in der Nacht zum 02.12.14 ein Lager von Steinbrucharbeitern nahe der Stadt Mandera im gleichnamigen Bezirk und töteten 36 Nicht-Muslime. Die Miliz bekannte sich zu dem Anschlag in dem im Norden des Landes an der Grenze zu Somalia und Äthiopien gelegenen Gebiet. Als Konsequenz trat der Polizeichef Kenias, David Kimaiyo, am 02.12.14 zurück. Zudem entließ Präsident Uhuru Kenyatta am selben Tag Innenminister Ole Lenku und bestimmte den ehemaligen General Joseph Nkaissery zu dessen Nachfolger.

Am 01.12.14 erschossen Bewaffnete in einem Nachtclub in der Stadt Wajir im gleichnamigen Nachbarbezirk Manderas eine Person und verletzten mehrere weitere Personen.

Bilanz diesjähriger Gewaltausbrüche

Bei gewaltsamen Konflikten unter Beteiligung von Viehhaltern um Rechte an Land und Wasser, um Viehdiebstähle und um Einfluss in lokalen Verwaltungseinheiten sowie bei Vergeltungsmaßnahmen starben laut Darstellung des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs vom 04.12.14 zwischen Januar und Ende Oktober 2014 landesweit 310 Menschen, 214 wurden verletzt, 220.177 wurden vertrieben. Besonders betroffen seien das Rift Valley und der Nordosten des Landes.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Zahlreiche Tote bei Anschlag in Grosny

In der tschetschenischen Hauptstadt Grosny haben sich am 04.12.14 islamische Extremisten und russische Sicherheitskräfte die blutigsten Kämpfe seit Jahren geliefert. Mutmaßliche Islamisten hatten zunächst drei Polizisten an einem Straßenposten erschossen und sich dann in einem Verlagshaus verschanzt. Beim Sturm der Polizei auf das mehrstöckige Gebäude brach ein Feuer aus. Das Staatsfernsehen zeigte Bilder des brennenden Hochhauses. Bei dem mehrstündigen Kampf starben den Angaben zufolge 14 Polizisten, mindestens 28 wurden verletzt. Gleichzeitig sollen zehn Islamisten getötet worden sein. Damit starben bei diesen aktuellen Kämpfen in Grosny mehr Menschen als bislang im gesamten Jahr 2014 in Tschetschenien. Laut Republikchef Ramsan Kadyrow hatten die Bewaffneten einen größeren Terroranschlag geplant. Zu dem Überfall bekannte sich die islamistische Gruppierung Kaukasus-Emirat.

Hintergrund

Der Angriff im Zentrum der tschetschenischen Hauptstadt gilt als schwerer Rückschlag für den Kreml, der die einstige Bürgerkriegsregion nach eigenen Angaben befriedet hat. Die Attacke ereignete sich nur wenige Stunden vor einer Rede von Kremlchef Wladimir Putin zur Lage der Nation. Putin reagierte diesbezüglich

sofort beim TV-Auftritt und zeigte sich davon überzeugt, dass die Sicherheitsbehörden die Terroristen liquidieren würden.

Russland ermittelt gegen ukrainische Abgeordnete

Im Zusammenhang mit dem Anschlag in Tschetscheniens Hauptstadt Grosny ermittelt die russische Justiz jetzt gegen drei Abgeordnete der Ukraine. Sie wirft den Parlamentariern vor, das Attentat öffentlich gerechtfertigt zu haben und somit den Terrorismus zu unterstützen. Die oberste Ermittlungsbehörde in Moskau schrieb von der in Kiew regierenden Volksfront-Partei Juri Berjosa und Andrej Lewus sowie von der Radikalen Partei Juri Mossijtschuk zur Fahndung aus. Terroristen und ihre Helfer würden in Russland entweder verurteilt oder im Fall von Gegenwehr „vernichtet“, sagte Behördensprecher Wladimir Markin.

Aserbaidtschan

Menschenrechtsjournalistin festgenommen

Am 05.12.14 wurde die international bekannte Investigativjournalistin Khadija Ismajilowa festgenommen. Ein Gericht in Baku hat entschieden, die Journalistin für zwei Monate in Untersuchungshaft zu nehmen. Ihr wird vorgeworfen, Schuld am Selbstmordversuch eines Journalistenkollegen zu sein. Ismajilowa wird seit Jahren mit diversen Anschuldigungen und Gerichtsverfahren vom Staat unter Druck gesetzt. Im September berichtete die Journalistin vor dem Europaparlament in Straßburg über die Menschenrechtslage in Aserbaidtschan. Bei ihrer Rückkehr am 03.10.14 wurde sie am Flughafen in Baku festgehalten und stundenlang verhört. Am 12.10.14 wurde gegen sie eine Ausreiseperrre verhängt.

Im Juni wurden Leyla Yunus, eine Menschenrechtsaktivistin, und deren Ehemann inhaftiert. Das Europäische Parlament hat sich bereits für die Freilassung von Leyla Yunus ausgesprochen. Die aserbaidtschanische Regierung hat über den Pressesprecher des Präsidenten in einem Interview am 07.12.14 erklären lassen, dass in Aserbaidtschan bisher kein Bürger oder Vertreter der Massenmedien für seine freie Meinungsäußerung verfolgt oder von einer Staatsbehörde unter Druck gesetzt worden sei.

Indien

HRW-Bericht prangert Misshandlung behinderter Frauen an

Nach einem Bericht von Human Rights Watch (HRW) sind Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Indien häufig Zwangseinweisungen und Misshandlungen ausgesetzt. Viele würden von ihren Familien oder der Polizei regelrecht in Anstalten entsorgt, weil der Staat keine angemessene Hilfe bereitstelle, heißt es in dem am 03.12.14 vorgestellten Report „Schlimmer behandelt als Tiere: Missbrauch von Frauen und Mädchen mit psychosozialen oder intellektuellen Behinderungen in Indien“. HRW dokumentiert Fälle von Misshandlungen, sexuellem Missbrauch, Zwangstherapien mit Elektroschocks und willkürlichen Einweisungen in Krankenhäuser. Zudem werden die mangelhaften hygienischen Bedingungen in den Einrichtungen kritisiert. Für den Report wurden zwischen Dezember 2012 und November 2014 mehr als 200 Frauen und Mädchen mit Behinderungen in sechs indischen Städten interviewt und 24 Einrichtungen besucht. Laut HRW gibt es in Indien keine offiziellen Zahlen über psychosoziale Störungen oder geistige Behinderungen. Eine Volkszählung von 2011 schätzte die Häufigkeit von Behinderungen aller Art auf 2,21 %. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation kommen in Indien drei Psychiater auf eine Million Menschen, ein Psychologe auf zwei Millionen Menschen. 28.000 Betten stehen in Anstalten und psychiatrischen Abteilungen zur Verfügung - bei einer Bevölkerung von 1,25 Milliarden.

13 tote Polizisten bei Angriff von Maoisten

Bei einem Angriff maoistischer Rebellen im Raum Sukma im Süden des Bundesstaates Chhattisgarh im Grenzgebiet zu Odisha sind am 01.12.14 bei einem Angriff maoistischer Rebellen auf eine Patrouille der paramilitärischen Reservepolizei (Central Reserve Police Force - CRPF) 14 Polizisten getötet worden. Es ist dies der schwerste Angriff auf die CRPF in diesem Jahr.

China

Situation in Hongkong

Die Initiatoren der Occupy-Central-Bewegung kündigten am 03.12.14 das Ende ihrer Proteste an. Benny Tai, Chan Kin-man, Chu Yiu-ming und weitere Mitsstreiter stellten sich der Polizei, wo sie sich der Teilnahme an illegalen Demonstrationen bezichtigten. Sie wurde kurz darauf ohne Auflagen wieder entlassen. Einige Studenten, die seit dem Beginn der Proteste in den Straßen Hongkongs Ende September das Geschehen beherrschten und die Occupy-Central-Bewegung in den Hintergrund drängten, führten ihre Aktionen indes zunächst weiter, doch ihre Zahl schrumpft. Der Studentenfürher Joshua Wong Chi-fung trat vom 01.12.14 bis zum 06.12.14 in einen Hungerstreik.

Vietnam

Blogger verhaftet

Nach einer Hausdurchsuchung wurde der vietnamesische Blogger Nguyen Quang Lap festgenommen. Laut seiner Frau und seinem Bruder beschuldigt die Polizei ihn, Artikel veröffentlicht zu haben, die sich gegen die staatlichen Autoritäten richten. Nach Angaben von BBC schrieb Nguyen Quang Lap, anders als die anderen in den vergangenen Monaten festgenommenen Aktivisten, auch für etablierte Medien, tauchte im staatlichen Fernsehen auf und erhielt bereits staatlich unterstützte Preise. Auf seinem Blog veröffentlichte er jedoch gemeinsam mit Freunden auch kritische Artikel über Vietnam. Zuletzt wurde am 29.11.14 Hong Le Tho aufgrund der Veröffentlichung China-kritischer Artikel festgenommen.